

42 Prozent der Einwohner wünschen sich, dass es mehr als eine Tageszeitung gibt

Vor einem Jahr erschien die letzte «Volksblatts»-Ausgabe. Die Volksmeinung bezüglich Medienpluralismus hat sich dadurch nicht verändert.

David Sele

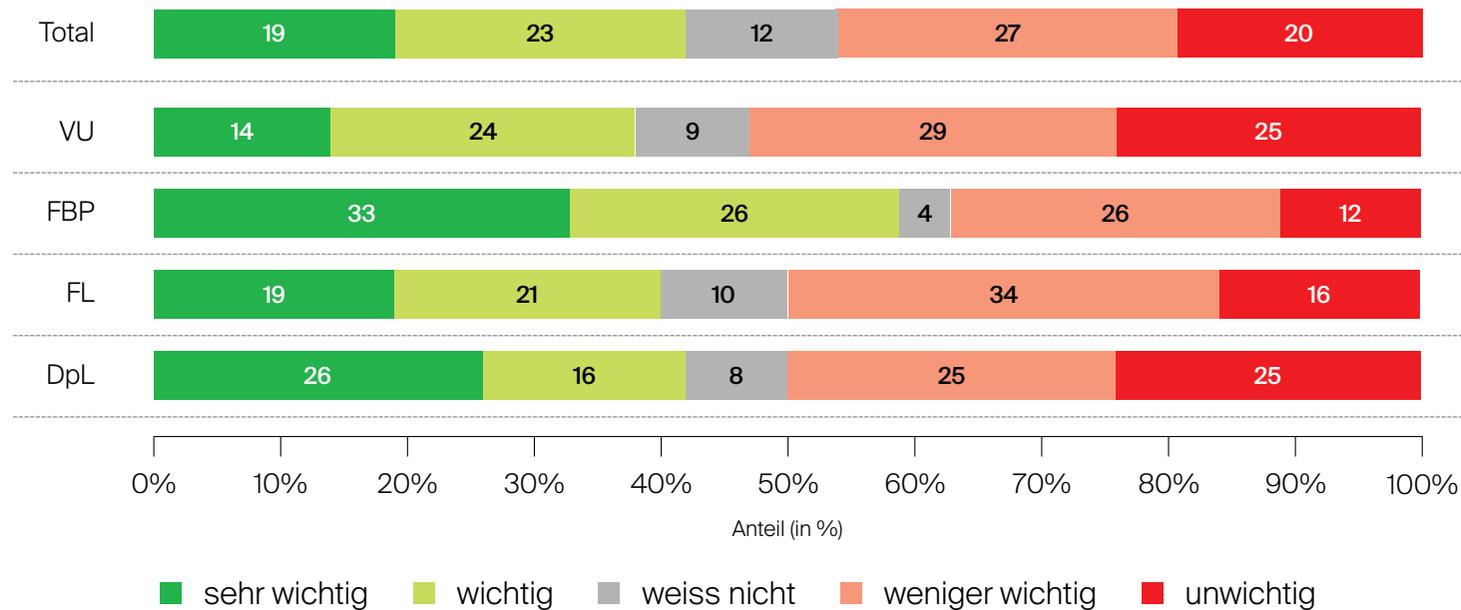
Knapp ein Jahr nach dem Ende des «Volksblatts» präsentierte das Liechtenstein-Institut und die Regierung vergangene Woche eine Studie zur Mediennutzung in Liechtenstein. In der repräsentativen Befragung gaben 42 Prozent der Teilnehmenden an, es sei ihnen wichtig oder sehr wichtig, dass es in Liechtenstein zwei Tageszeitungen gibt.

Wenig überraschend zeigen sich dabei Unterschiede, je nachdem, welcher Partei sich die Befragten zugehörig fühlen. Während Sympathisanten der VU, der Freien Liste und der DpL in etwa den Durchschnitt widerspiegeln, finden es 59 Prozent der FBP-Anhänger wichtig oder sehr wichtig, dass es zwei Tageszeitungen gibt. Der Grund dürfte sein, dass das «Volksblatt» traditionell in einem Naheverhältnis zur FBP stand. Die FBPler haben mit dem «Volksblatt»-Aus also «ihre» Zeitung verloren.

Öffentliche Meinung ist seit 2018 stabil geblieben

Bemerkenswert ist jedoch, dass das Ende der ältesten Liechtensteiner Tageszeitung sich insgesamt nicht auf die öffentliche Meinung bezüglich Medienpluralismus ausgewirkt hat. Bereits 2018 stellte das Liechtenstein-Institut nämlich dieselbe Frage. Damals fanden es rund 45 Prozent wichtig oder sehr wichtig, dass es zwei Tageszeitungen gibt. Trotz veränderter Realität ist die Bewertung also offensichtlich stabil geblieben. Zu berücksichtigen ist diesbezüglich

Wie wichtig ist es Ihnen, dass es in Liechtenstein mehr als eine Tageszeitung gibt?



Quelle: Liechtenstein-Institut

aber auch, dass die finanzielle Schieflage des «Volksblatts» bereits 2018 hinlänglich bekannt war. Damals musste die Zeitung ihre Dienstagsausgabe streichen, um weiter bestehen zu können.

Massive Einbussen wegen politischer Entscheidungen

Dennoch hatten viele bis zuletzt nicht mit dem Ende des «Volksblatts» gerechnet. Landläufig war die Meinung verbreitet, dass «die FBP» die ihr nahestehende Zeitung «schon nicht sterben lassen wird».

Im Februar 2023 musste die Liechtensteiner Volksblatt AG dennoch ihre Liquidation ein-

leiten. Die Einnahmen aus dem Inserategeschäft waren seit Jahren rückläufig. Genauso geschrumpft waren die Umsätze mit den Zeitungsabos. Einnahmen aus Digitalabos konnten dies nicht kompensieren. Die Bereitschaft, für Online-Inhalte zu zahlen, fehle bei vielen Konsumenten, sagte «Volksblatt»-Geschäftsführer Lucas Ebner in seinem Abschiedsinterview mit dem «Vaterland».

Die grössten finanziellen Probleme hatten sich gemäss Ebner jedoch aus politischen Entscheidungen ergeben. Durch die massive Reduktion amtlicher Kundmachungen gingen Hunderttausende Franken Um-

satz verloren. Die 2022 vom Landtag beschlossene Abschaffung der Gläubigeraufrufe stellte ein weiteres Minus von jährlich 200 000 Franken in Aussicht.

«Es war nicht der Druck da, hier vorwärts zu machen»

Nicht in Sicht war hingegen die seit Jahren angeregte Erhöhung der Medienförderung. Zwar lag eine entsprechende Gesetzesvorlage seit längerem in der Schublade der Regierung. Aber «es war nicht der Druck da, hier vorwärts zu machen», sagte Medienministerin Sabine Monauni rückblickend. Die Realität aus Sicht der Liechtensteiner

Volksblatt AG war eine andere: Ein massgeblicher Sprung bei den Abo- und Inserateverkäufen wurde als unrealistisch eingestuft. Und gleichzeitig sah man sich nicht zu weiteren Sparmassnahmen im Stande. «Wir haben die Kosten in den letzten Jahren schon massiv nach unten gedrückt. Schon lange arbeiten wir mit einer extrem dünnen Personaldecke. Mehr Sparen geht irgendwann nicht mehr, ohne dass die Qualität leidet», so Geschäftsführer Ebner im Abschiedsinterview.

Am 4. März 2023 erschien dann schliesslich die letzte Ausgabe des 1878 gegründeten «Liechtensteiner Volksblatts».

Die Titelseite war als überdimensionale Todesanzeige gestaltet.

«Kaum ein Stein bleibt auf dem anderen»

Seither ist das «Liechtensteiner Vaterland» die einzige Tageszeitung in Liechtenstein. Die Vaduzer Medienhaus AG, Herausgeberin des «Vaterlands», war auf diesen Moment offensichtlich bereits vorbereitet gewesen. Umgehend wurde ein neues Redaktionsstatut erlassen, das die journalistische Unabhängigkeit garantiert, den Journalistenkodex des Schweizer Presserates zum Mass aller Dinge erklärt – und vor allem die vormalige Parteibindung zur VU kappte.

Zugleich nahm die medienpolitische Debatte in Liechtenstein wieder Fahrt auf. Nach Jahren des Stillstandes schickte die Regierung einen Vorschlag zur Abänderung des Medienförderungsgesetzes in die Vernehmlassung. Eine daraus resultierende Gesetzesvorlage soll im ersten Halbjahr 2024 im Landtag beraten werden.

Die Liechtensteiner Volksblatt AG ist zwischenzeitlich abgewickelt und aus dem Handelsregister gelöscht worden. Und ««Volksblatt»-Aus» wurde zum Wort des Jahres 2023 gekürt. Das Ende der ältesten Tageszeitung Liechtensteins sei ein historisches Ereignis und habe hohe Wellen geschlagen. «Die Medienwelt befindet sich im Umbruch. Kaum ein Stein bleibt auf dem andern. Auch in Liechtenstein nicht», begründete die Jury ihre Wahl.